

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Cornelia Seibeld (CDU)**

vom 08. Oktober 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Oktober 2019)

zum Thema:

Drohungen gegen Pflegestützpunkte

und **Antwort** vom 23. Oktober 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Okt. 2019)

Herrn Abgeordneten Cornelia Seibeld (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21 253

vom 08. Oktober 2019

über Drohungen gegen Pflegestützpunkte

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Sind dem Senat Fälle bekannt, bei denen jüngst Pflegestützpunkten in Berlin Drohschreiben zugekommen sind?

Zu 1.:

Ja. Am 06. September 2019 wurden alle Mitglieder des Steuerungsgremiums der Berliner Pflegestützpunkte und damit alle Träger von Pflegestützpunkten in Berlin darüber informiert, dass in (zu diesem Zeitpunkt) drei Berliner Pflegestützpunkten anonyme Briefe ohne schriftlichen Inhalt, nur mit einem Streichholz, eingegangen sind. Diese Briefe wurden als Bedrohung definiert und die Polizei umgehend informiert.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegestützpunkte wurden über diese Situation informiert. Für den Fall, dass weitere vergleichbare Briefe eingehen, wurden Sie aufgefordert, weitere Briefe nicht großflächig zu berühren um evtl. Fingerabdrücke nicht zu überdecken, den Fund der Polizei unter Verweis auf die bereits erfolgte Einbindung des Landeskriminalamtes zu übergeben und den Träger sowie die Geschäftsstelle des Steuerungsgremiums der Berliner Pflegestützpunkte über den Vorfall zu unterrichten.

Die AOK hat den Kontakt mit Polizei und Landeskriminalamt federführend übernommen.

2. Wer ist wie betroffen?

Zu 2.:

Mit Stand 15.10.2019 waren bei 8 Pflegestützpunkten aus acht unterschiedlichen Bezirken Briefe eingegangen.

3. Wie ist der Stand der polizeilichen Ermittlungen?

Zu 3.:

Die Vorfälle wurden angezeigt. Zum Stand der polizeilichen Ermittlungen kann der Senat keine Auskunft geben.

4. Wie beurteilt der Senat die Situation?

Zu 4.:

Die Briefe werden eindeutig als Bedrohung angesehen, jedoch nicht als unmittelbare Gefahr.

5. Wie unterstützt der Senat die Träger der Pflegestützpunkte in dieser Situation?

Zu 5.:

Der Senat hat die Situation gemeinsam mit den weiteren Trägern der Berliner Pflegestützpunkte im Steuerungsgremium am 06.09.2019 besprochen. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegestützpunkte wurden sofort über die Situation informiert und zur Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Landeskriminalamt aufgefordert. Auch auf der Trägerrunde der landesseitigen Pflegestützpunkte am 09.09.2019 wurde die Situation gemeinsam mit den Trägern diskutiert und bewertet.

Berlin, den 23. Oktober 2019

In Vertretung
Barbara König
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung